

AKTUELLES AUS DER BVV VOM 14.12.2016

von Angela Budweg

Bebauung des ehemaligen Hermsdorfer Güterbahnhofs

Weder die Hermsdorfer Bürgerinnen und Bürger, noch die Bezirksverordneten haben bisher Informationen erhalten, dass das südliche Teilstück des ehemaligen Hermsdorfer Güterbahnhofgeländes entlang der Ulmenstraße in Kürze bebaut werden soll. Stattdessen erfährt man aus einer Pressemeldung des Investors, dass hier 100 Eigentumswohnungen in den sog. „Hermsdorfer Terrassen“ geplant sind, die als sechs Einzelhäuser entlang einer autofreien Promenade errichtet werden sollen. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung am 14.12.2016 wurde durch den zuständigen Stadtrat und Bürgermeister Frank Balzer mitgeteilt, dass ein Bauvorbescheid vorliegt, in dem Teilfragen zur Bebaubarkeit des Grundstücks verbindlich entschieden wurden.

Nachdem die Anwohner im Jahr 2012 erfolgreich gegen den Bebauungsplan 12-17, der die Errichtung eines Seniorenheims vorsah, geklagt hatten, haben sie bei dem neuen Bauvorhaben keine Gelegenheit bekommen, die Planungen einzusehen. Stattdessen sollen nach Aussagen des Entwicklers (www.bpd-berlin.de/berlin/3761-Aktuelles/454) ab dem Frühjahr 2017 die Bagger rollen.

„Die Reinickendorfer SPD-Fraktion bekennt sich eindeutig zum Wohnungsneubau in Reinickendorf und Hermsdorf, um die angespannte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu dämpfen“ so die Hermsdorfer Bezirksverordnete Angela Budweg. Die Fraktion bemängelt jedoch

- das Genehmigungsverfahren, das nunmehr keine Bürgerbeteiligung und keine Ausgleichsregelungen für Eingriffe in Natur und Landschaft vorsieht,
- den Verzicht auf den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens, der den Investor in angemessener Weise an den Folgekosten für notwendige soziale Infrastruktur wie Kita- und Schulplätze beteiligt hätte und
- die vergebene Chance, mit dem Bau von Mietwohnungen mit unterschiedlichen Miethöhen die soziale Mischung der Berliner Quartiere, so auch in Hermsdorf, zu fördern.

Die SPD-Fraktion fordert, dass vor Erteilung der Baugenehmigung eine Bürgerinformation sowie eine Behandlung im Stadtentwicklungsausschuss erfolgen. Der Fraktionsvorsitzende der Reinickendorfer SPD Thorsten Koch: „Ich erwarte, dass künftig bei vergleichbaren Vorhaben Bürgerinnen und Bürger sowie die Bezirksverordneten frühzeitig über die Planungen informiert werden.“